Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : es geht uns alle an! ; Vietnam ist unbesiegbar ; Revolution und Gegenrevolution in Lateinamerika ; Der Weg Israels ; Wird England gesunden?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141412

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zu entscheiden, ob sie den Weg von Abraham Lincoln und Adlai Stevenson oder den des anderen Amerika von Theodore Roosevelt und der anderen Überpatrioten gehen wollen. An vielen politischen und menschheitlichen Problemen hat sich und kann sich die Entscheidung für eine wahrhaft demokratische und die Menschlichkeit fördernde und damit den Frieden und den wirklichen Wohlstand aufbauende Politik zum Ausdruck bringen, so am Verhalten der USA gegenüber Vietnam, China, Mittel- und Südamerika und vor allem in der Behandlung ihrer inneren Probleme: Rassenfrage, Volksschulungs- und Bildungskurse, Erneuerung der städtischen Schmutz- und Armenquartiere, Überwindung der Arbeitslosigkeit und des Verbrechertums.

Im ersten Teil seines Buches beschreibt Fulbright den jeder verantwortungsbewussten Kritik abholden «höheren Patriotismus», dem sich die intellektuellen Kreise nur schwer entziehen können und der die Politiker in der ihnen zustehenden Kontrollpflicht über die Regierung und die Staatsbürokratie lähmt.

Der zweite Teil befasst sich mit der Stellung der revolutionsabholden USA zu den Revolutionsbewegungen in der Welt, die sich für das amerikanische politische Handeln besonders in Lateinamerika, Vietnam und China bemerkbar machen und meistens falsche amerikanische Reaktionen zeitigen.

Darum gilt es Wege zu finden, um die «feindlichen Welten zu befrieden», wie der dritte Teil des Buches überschrieben ist. Vietnam bildet Fulbright hierzu das Zentralproblem, wobei er einen beachtenswerten Achtstufenplan auf einen Friedensschluss hin vorschlägt, der in eine allgemeine Neutralisierung von Südostasien ausmündet. Dem selben Zweck soll ein weiterer Vorschlag dienen, nach welchem die USA ihr Hilfsprogramm für die Entwicklungsvölker stark ausweiten sollte und es nicht als ein Werkzeug nationalen politischen Machtstrebens missbrauchen, sondern es in ein gemeinschaftliches Programm für eine internationale Entwicklungshilfe einbauen, das durch die UNO verwaltet würde. Das Buch endet mit einem Abschnitt, in welchem er eindringlich die beiden Amerika aufzuweisen und erkennbar zu machen sucht und dem Amerika Abraham Lincolns und Adlai Stevensons allein eine Zukunft verheisst.

Wer sich für das heutige Amerika und seine politischen Aktionen interessiert, zugleich sie verstehen lernen will, darf an diesem aufschlussreichen Buch nicht vorübergehen. Möglicherweise wird es inzwischen auch eine deutschsprachige Auflage erfahren, so dass nicht nur des Englischen Mächtige sich ihr geschichtlich-politisches Weltbild durch seine Lektüre vertiefen lassen können. Willi Kobe

WELTRUNDSCHAU

Es geht uns alle an! Von den ungelösten Fragen, die das hinter uns liegende Jahr dem neu angefangenen weitergegeben hat, ist die dringlichste die: Wie soll das *Hungerelend der unterentwickelten Völker* aus der Welt geschafft werden? Wir können sie uns nicht ernst genug stellen. Wenn die gegenwärtige Zuwachsrate anhält, wird die Erdbevölkerung am Ende dieses Jahrhunderts ungefähr sechs Milliarden betragen. Aber der kritische Zeitpunkt wird schon viel früher eintreten. Der französische Professor René Dumont, einer der besten Kenner des hier liegenden Problems (er hat bereits im Jahr 1959 die indische Hungersnot von 1966/67 vorausgesagt) warnt uns, dass ohne schärfste Gegenmassnahmen *die Menschheit um 1980 herum die furchtbarste Hungersnot ihrer Geschichte erleben werde.* In der Tat: Der Druck der wachsenden Bevölkerungsmassen auf die verfügbaren Nahrungsmittel ist weitaus am stärksten in den «zurückgebliebenen» Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, derjeni-

gen Erdteile also, deren Bewohner schon längst grösstenteils am Rande des baren körperlichen Existenzminimums oder schon unter ihm leben. In Afrika und Lateinamerika hat die Bevölkerung im Jahre 1966 um mehr als 2 Prozent zugenommen; die Erzeugung von Nahrungsmitteln ist aber um 1 Prozent gesunken. Kann das so weitergehen, ohne dass es bald zu einer Katastrophe kommt? Kann es Frieden und Wohlstand auf die Länge auch für uns wohlgesättigte Menschen des Westens und Nordens geben, wenn von je drei auf unserer Erde lebenden Menschen zwei in oft verzweifelter Not dahinserbeln, während der dritte in Wohlstand, ja in Überfluss schwelgt? Sogar der hinterste Handlanger kann sich in unseren Breiten alle Tage eine Mahlzeit leisten, wie sie sich der ägyptische Fellach oder der brasilianische Indio kaum zu erträumen wagt!

In früheren sozialistischen Schriften wurde eine Stelle aus einem Roman Disraelis (des späteren konservativen Ministerpräsidenten von England) angeführt, in der von den zwei Nationen die Rede ist, die in unserer Gesellschaft innerhalb eines jeden Landes nebeneinander leben, aber durch eine tiefe geistige wie wirtschaftliche Kluft voneinander geschieden seien: die Reichen und die Armen. Heute sind es ganze Völker und Rassen, die durch fast unüberbrückbar scheinende Gegensätze der Lebenshaltung und Denkweise voneinander getrennt sind. Der Klassenkampf, der sich im 19. Jahrhundert in den jungen Industrieländern entwickelte, aber durch den kapitalistischen Wohlfahrtsstaat mehr und mehr gemildert wurde, hat sich im 20. Jahrhundert auf die internationale Ebene verlagert und droht zu einem Zusammenstoss zwischen den übersättigten Industrienationen und den hungernden Massen der unterentwickelten Länder zu führen, dessen Ausmasse unabsehbar schreckhaft sein werden.

Das Gewissen der «fortgeschrittenen» Völker ist zwar durch diesen Tatbestand und die Warnrufe klarsehender Forscher und Politiker mehr und mehr wachgerüttelt worden. Aber was sind die Mittel und Kräfte, die an die sogenannte Entwicklungshilfe der reichen Staaten gewendet werden, im Vergleich zu der noch immer grösser werdenden Not der armen Völker? Denn trotz allen Hilfsprogrammen und tatsächlichen Hilfeleistungen gibt es heute auch verhältnismässig viel mehr verelendende Menschen auf der Erde, als vor fünfzig oder hundert Jahren. Der Grund für dieses Ungenügen ist nicht schwer zu erkennen: Auf dem Boden der *kapitalistischen Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform* ist eine durchgreifende Hilfe an die unterentwickelten Völker *überhaupt nicht möglich.* Durch Druck auf die Preise der Rohstoffe ,die in den unterentickelten Ländern gewonnen werden, und gleichzeitige Hochhaltung der Preise für die Industrieerzeugnisse der fortgeschrittenen Staaten bleiben die wirtschaftlich und technisch zurückgebliebenen Völker in regelrechter kolonialistischer Abhängigkeit von den nordamerikanischen und westeuropäischen Ländern, die an den meist farbigen Rassen weit mehr verdienen, als sie an Entwicklungshilfe in sie hineinstecken. Dazu kommt, dass ein wesentlicher Teil dieser Hilfe in Form von verzinslichen Anleihen geleistet wird, so dass die Gesamtsumme der Rückzahlungen von Kapital und Zinsen den Zustrom neuer Geldmittel rasch aus-

zugleichen vermag, zumal das Privatkapital sowieso sehr zurückhaltend in der Abwanderung nach Ländern ist, die wenig Gewinnaussichten bieten oder die ein derartiges Risiko für die Anleger darstellen, dass dann umso höhere Profite herausgeschlagen werden müssen.

An dieser Ausbeuterwirtschaft sind bisher alle einigermassen weitreichenden Entwicklungsprogramme gescheitert. Lieber verbündet sich die kapitalistische Oberschicht der Industriestaaten mit den Herrenklassen der Rohstoffländer zur gemeinsamen Ausbeutung und Niederhaltung der rebellierenden Arbeiter und Bauern, als dass sie Hand zur gründlichen Umgestaltung der sozialen und politischen Daseinsbedingungen der Entwicklungsnationen böten. Die neuere Geschichte des Verhältnisses zwischen der «freien» Welt und der Welt der Hungervölker, von Vietnam bis Bolivien, von Rhodesien bis Indonesien, bietet eine Fülle von Beispielen für die Unmöglichkeit, den Aufstieg unterentwickelter Völker zu menschenwürdigem Leben mit den Gewinnbedürfnissen und Ausdehnungsnotwendigkeiten, die das Lebensgesetz des Kapitalismus sind, in Einklang zu bringen, zumal in dessen imperialistischem Stadium, das noch keineswegs durchschritten ist.

Die Aufgabe ist also, die Kräfte wirklicher Solidarität mit den notleidenden Völkern, im Gegensatz zu den Mächten der Ausbeutung und der Gewinnsucht, derart zu stärken, dass eine saubere, folgerichtige *Plan- und Gemeinwirtschaft,* wie in den alten Industrieländern, so auch in den jungen Ländern mit schwacher Industrie, aber bedeutender Rohstofferzeugung aufgerichtet werden kann. Das aussprechen heisst freilich auch anerkennen, dass die Welt noch entscheidend von den Mächten der kapitalistischen Erwerbswirtschaft beherrscht wird. Der grosse Einbruch, der in diese Welt durch die kommunistisch regierten Länder gemacht worden ist, gibt uns wohl Hoffnung, dass der Bestätigung des kapitalistischen Profitstrebens immer engere Grenzen gesetzt sind. Dies obwohl im Sowjetblock eine bedenkliche Erlahmung der sozialistischen Antriebe stattgefunden hat, ja bis zu einem gewissen Grad eine Gemeinsamkeit der Interessen von Sowjetblock und amerikanisch-imperialistischer Weltpolitik aufgekommen ist. Denn gleichzeitig wachsen doch auch die radikal-sozialistischen Kräfte weitherum in der Welt, denken wir nur an China (trotz all seinen Verirrungen), an den Zug zu einer echten Gemeinwirtschaft und Gemeinschaftskultur in manchen Ländern Afrikas, an die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika und nicht zuletzt an das nordamerikanische Negervolk, das nicht frei werden kann, ohne dass die kapitalistischen Ordnungen der USA von Grund auf zerbrochen werden. Es mag ein langer Weg mit schmerzlichen Erfahrungen und grössten Opfern zurückzulegen sein, bis diese und ähnliche Bewegungen den endgültigen Durchbruch zu einer *sozialistischen Weltwirtschaft* bringen werden; aber können nicht auch hier überraschende Wandlungen eintreten und eine Beschleunigung der im Gang befindlichen weltweiten Entwicklung bewirken, an die wir heute noch gar nicht zu denken vermögen?

Durchgreifende Hilfe für die Elendsgebiete der Erde wäre freilich schon jetzt möglich, wenn nicht *Krieg und Kriegsrüstungen* all die Mittel und Kräfte verschlängen, die den Entwicklungsländern zugeführt werden müss-

ten. Aber Krieg und Kriegsrüstung hängen eben so eng mit Kapitalismus und Kolonialismus neuen wie alten Stils zusammen, dass man sich nur schwer einen Kapitalismus vorstellen kann, der auf Militärmacht als Werkzeug seiner Selbstdurchsetzung verzichten und sich der planmässigen Hebung der «rückständigen» Länder auf die fragwürdige Höhe der westeuropäisch-nordamerikanischen Überflussgesellschaft zuwenden würde. Wie dem auch sei: Die Aufgabe, den Hungervölkern ganz gründlich zu helfen, steht riesengross und in ihrer vollen Dringlichkeit vor uns. Wehe uns allen, wenn wir uns noch länger um sie drücken und weiterhin in unserer Verblendung Zielen nachjagen, die uns, auch nach dem Urteil unbefangener Sachkenner, nur zu bald ins Verderben führen müssen! Der Teufel lacht dazu!

Vietnam ist unbesiegbar Wie wenig vor allem die *Vereinigten Staaten* von der Notwendigkeit erfasst haben, mit radikal *neuen,* von echter Hilfsbereitschaft getragenen Mitteln die unterentwickelten Völker aus ihrer Not zu befreien, beweisen sie nach wie vor schlagend mit ihrem ruchlosen *Vietnamkrieg.* All ihre vieljährige Anstrengung ist ja darauf gerichtet, Südvietnam, und mit ihm Südostasien überhaupt, im Machtbereich der kapitalistischen Welt und ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu halten, im Bund mit einer von ihnen bis ins Mark verderbten einheimischen Oberschicht. Es ist zwar jetzt wieder besonders viel von Friedensmöglichkeiten die Rede. Und offenbar ist die Regierung von Nordvietnam willens, in Verhandlungen über den gänzlichen Abbruch der Feindseligkeiten einzutreten, wenn die USA ihren Luftkrieg gegen Nordvietnam bedingungslos einstellen. Aber sie knüpft daran ihrerseits die Bedingung, dass Washington auch die Nationale Befreiungsfront von Südvietnam, mit dem Vietcong als Kampftruppe, zu den Verhandlungen heranziehe — und dagegen sträubt sich die amerikanische Seite bisher entschieden. Noch mehr: Präsident Johnson und seine Berater machen Friedensgespräche mit Nordvietnam nicht zuletzt davon abhängig, dass sie «zu positiven Ergebnissen führen» — und das heisst, dass die Gegenseite von vornherein, unter dem Druck der amerikanischen Übermacht, bereit sei, die wesentlichen Bedingungen der Vereinigten Staaten für einen Abbruch der Kriegshandlungen anzunehmen. Davon will man aber natürlich weder in Nordvietnam noch bei der südvietnamischen Freiheitsbewegung etwas hören, hält man doch in Washington daran fest, dass Südvietnam von jedem kommunistischen Einfluss (oder was man in den USA unter solchem Einfluss versteht) frei, also innerhalb der Einflusszone der Vereinigten Staaten bleiben müsse. Eine wirkliche Selbstbestimmung Südvietnams ist unter solchen Umständen vollkommen ausgeschlossen.

So wird eben trotz allen Kulissenschiebungen das scheussliche Morden und Verwüsten in beiden Teilen Vietnams weitergehen. Bereits spricht man ganz offen von einer Ausdehnung der amerikanischen Kriegführung auch auf *Laos* und *Kambodscha,* die beide — kaum zu Unrecht, wie man sagen muss — des Gewährenlassens der nordvietnamischen und Vietcong-Operationen auf ihrem Boden beschuldigt werden. Umgekehrt ist schon längst

Thailand fest in den Händen der amerikanischen Armee, die von hier aus ohne irgendwelche politischen Hemmungen ihr «Befreiungswerk» in Vietnam betreibt. Aber abgesehen davon ist eben Präsident Johnson entschlossen, im Jahr des Volksurteils über seine Amtsführung keinen Frieden in Vietnam abzuschliessen, der als Verzicht auf die wesentlichen amerikanischen Kriegsziele ausgelegt werden und die Machtstellung der Vereinigten Staaten in Südostasien ernstlich gefährden könnte. Er will die Wahl im kommenden November um jeden Preis gewinnen. Und doch wissen besonnene Konservative auch in den USA, dass der Vietnamkrieg für Amerika auf die Länge nicht zu gewinnen ist. Es ist so, wie Walter Lippmann unlängst geschrieben hat:

«*Die verwirrendste und vielleicht bedeutsamste Erfahrung des Vietnamkrieges war, dass die Art militärischer Macht, die Japan und Deutschland niederzwang, Ho Chi Minh und den Vietkong nicht zu besiegen vermag. Die Tatsache, dass die Amerikaner zwar imstande sind, das Land des Gegners zu zerstören, nicht aber den Krieg zu gewinnen, ist eine neue kriegsgeschichtliche Erfahrung. Die Amerikaner sehen sich mit etwas konfrontiert, was völlig anders ist als allles, was auf den Militärakademien von Washington und Annapolis gelehrt wurde . . .*

Auf lange Sicht wird die vielleicht wichtigste Konsequenz des gegenwärtigen Krieges in Vietnam die Demonstration sein, dass die stärkste Militärmacht der Geschichte trotz Anwendung seiner überlegenen Feuerkraft einem weitab gelegenen Volk nicht seinen Willen aufzwingen kann.»

Revolution und Gegenrevolution in Lateinamerika

Während die Vereinigten Staaten bisher ohne durchschlagende Wirkung Milliarden und Abermilliarden Dollars und dazu eine zahlenmässig wie technisch beispiellos riesige militärische Übermacht in Vietnam einsetzen, um die Länder Südostasiens gegen die von China her drohende soziale Revolution abzuschirmen, operieren sie mit ihren gegenrevolutionären Kräften in *Lateinamerika* seit dem Verlust Kubas viel erfolgreicher. Man hat das neuerdings in *Bolivien* zum Greifen deutlich sehen können. Der Guerillakampf, den Ernesto «Che» Guevara dort organisiert hatte, ist im Spätherbst des vergangenen Jahres mit dem Tod des Anführers völlig zusammengebrochen, und sein «Theoretiker», der junge Franzose Régis Debray, ist — nicht ohne eigene Schuld — von einem bolivianischen Militärgericht als Mitkämpfer zu dreissig Jahren Zuchthaus verurteilt worden, genug, um vorderhand allfällige weitere ausländische Helfer der einheimischen Revolutionäre von ähnlichen Unternehmungen abzuschrecken. Und doch schien Bolivien als Ansatzpunkt für eine allgemeine Erhebung gegen die koloniale Ausbeuterherrschaft einheimischer und nordamerikanischer Oberklassen recht gut gewählt. Wie von der Sierra Maestra aus Kuba von Fidel Castro und seinen paar Getreuen erobert wurde, so waren in den Augen der Revolutions die nur spärlich von Menschen besiedelten ostbolivianischen Anden tatsächlich

das ideale Absprunggebiet für die auf 250 Mann geschätzten Partisanengruppen und konnten als Versorgungsbasis und festungsartiger Zufluchtsort scheinbar mit Leichtigkeit gegen weit überlegene Gegner gehalten werden (Bruno Fricke in der Hamburger «Neuen Politik», 18. 11.1967). Auch politisch und sozial war und ist Bolivien in vielen Beziehungen ein günstiger Nährboden für den bewaffneten Kampf gegen die korrupte Oberschicht, die den Mineralreichtum ihres Landes den Nordamerikanern in die Hände gespielt hat und von diesen militärisch wie politisch und wirtschaftlich ausgehalten wird.

Anderseits hat vor fünfzehn Jahren in Bolivien bereits eine vorläufige soziale Reform — unter Führung des Movimiento Nacionalista Revolucionario, des berühmten MNR — stattgefunden, die breiten Schichten der Landproletarier ein Stück Eigenbesitz und gewisse politische Rechte verschafft hat. Das bindet die Indios einigermassen an die bestehende Ordnung und macht sie misstrauisch gegen Aufstandspropaganda auch dann, wenn die Lage des landwirtschaftlichen Proletariats im ganzen noch elender ist als die der Bergarbeiter. Auf jeden Fall hat es den Partisanen unter Che Guevara an der Mitarbeit der Landbevölkerung gefehlt, auf die sie als eine Hauptbedingung für die Ausbreitung der Widerstandsbewegung gezählt hatten.

Die Regierungstruppen hatten darum verhältnismässig wenig Schwierigkeit, mit den paar Hundert Guerillakämpfern fertig zu werden, zumal hinter ihnen die vorzüglich geschulten nordamerikanischen Spezialisten für den gegenrevolutionären Kleinkrieg standen. Die Partisanen waren im März letzten Jahres in ihrem Hauptschlupfwinkel aufgespürt worden; im November waren sie tatsächlich aufgerieben, ohne schon richtig für den Kampf bereit gewesen zu sein. Die USA-Militärmission und die ihr von Washington zur Verfügung gestellten Sonderabteilungen arbeiteten mit blitzartiger Schnelligkeit. Und ohne Zweifel wird die nordamerikanische Ausbildungszentrale, die unter dem Befehl von General Robert Porter in Fort Gulick am Panamakanal Tausende von Lateinamerikanern für den gegenrevolutionären Kampf schult, an allen anderen Orten, wo planmässig Revolution gemacht werden will, mit ähnlicher Präzision und Zuschlagskraft handeln. In Guatemala sind die USA-Spezialisten mit Flugzeugen und Napalm bereits am Werk, desgleichen in Nicaragua, das nichts anderes als eine nordamerikanische Kolonie ist, mit der dort seit dreissig Jahren brutal herrschenden Familie Somoma als bezahlter Geschäftsführerin der Vereinigten Staaten an der Spitze.

Für die lateinamerikanische Freiheitsbewegung im ganzen ist das vorläufige Scheitern des bolivianischen Aufstandes natürlich ein harter Schlag. Und nicht nur für sie, sondern für all die Millionen, die in aller Welt mit ihr sympathisieren. Und man macht sich so seine Gedanken darüber, wie der Kampf gegen Armut und Not, Ausbeutung und Unterdrückung in den Ländern Mittel- und Südamerikas weitergehen soll. I. F. Stone schreibt denn auch in seinem «Weekly» (Washington): «Ich anerkenne die Reinheit von Ches Absichten; ich bin traurig bei dem Gedanken, dass er tot ist. Ich begrüsse es, dass neue Ches auftreten werden, um seine Arbeit fortzusetzen, denn ohne Furcht vor der Revolution werden weder die lateinamerikani-

schen Oberklassen noch Washington einen friedlichen Umschwung ermöglichen. Aber ich glaube, dass ihr (der Guerillabewegung) Erfolg in keinem Verhältnis zu seinen fürchterlichen Kosten stehen wird und dass diese Handvoll von Romantikern die Macht, Beweglichkeit und Intelligenz des amerikanischen Kolosses unterschätzt. Wenn ich aber die Torheiten ansehe, die mein geliebtes Land in Vietnam und sonstwo begeht, die Milliarden, die für die «Landesverteidigung» aufgewendet werden, während Hass, Leid und Verzweiflung sich in unseren schwarzen Elendsvierteln auftürmen, kommt mir der Gedanke, dass Ches Einschätzung der Kräfte auf weitere Sicht sich als wirklichkeitsnaher erweisen könnte als die meine. Johnson kann das Überstürzen, was Che Guevara allein nie zustandebringen konnte.»

Dass die Kleinkriegsplaner Lateinamerikas ihre Sache ganz und gar nicht aufgegeben haben, ist auf alle Fälle sicher. Dies trotz (oder gerade wegen) der Zurückhaltung, die die Sowjetunion gegenüber dem sozialen Kampf in Mittel- und Südamerika übt. Moskau verdammt tatsächlich die Guerillabewegung grundsätzlich; ja, es gewährt gewissen gegenrevolutionären Regierungen wie denen von Argentinien und Brasilien sogar Anleihen und andere wirtschaftliche Hilfe. Die folgerichtigen Sozialrevolutionäre Lateinamerikas haben darum die Sowjetunion als revolutionäre Kraft völlig abgeschrieben und stehen in mehr oder weniger scharfem Gegensatz zum ganzen offiziellen Kommunismus — ähnlich wie das China Maos, dem sie sich mehr und mehr nähern. Besonders dramatisch kam diese Kampfstellung an der Tagung der «Organisation der Lateinamerikanischen Solidarität» (OLAS) zum Ausdruck, die im vergangenen August in Havana abgehalten wurde. Was hier geschah, war nichts anderes als die Gründung einer *neuen Internationale,* der fünften ihrer Art, wenn man die von der dritten, der kommunistischen Internationale abgespaltene Organisation trotzkistischen Gepräges als eine wirkliche Internationale gelten lassen will. Ihr Zweck ist, wie John Gerassi in «Monthly Review» (Oktober 1967) darlegt, im Grunde einfach die planmässige Ausbreitung der Methoden von Kubas gelungener Revolution auf ganz Lateinamerika: bewaffneter Aufstand, Kleinkrieg von den Bergen oder vom Busch aus, Gewinnung zuerst eines Teiles der Bauern und dann allmähliche Durchdringung der übrigen Bevölkerungsschichten, bis hin zum gewaltsamen Sturz des bürgerlich-kapitalistischen Regiments. Die OLAS rückt damit in aller Form von der Kampfführung der Kommunistischen Internationale ab (wenn sie deren Politik überhaupt noch als kämpferisch anerkennt). Sie verurteilt im besonderen die sowjetische Politik der «friedlichen Koexistenz» mit der imperialistischen Welt; sucht doch Moskau fast um jeden Preis einen Zusammenstoss mit den Vereinigten Staaten in Lateinamerika zu vermeiden, wie er seinerzeit wegen Kuba gedroht hatte, gebe also tatsächlich die armen und ausgebeuteten Völker Mittel- und Südamerikas dem Zugriff des nordamerikanischen Kolonialimperialismus preis. Die kommunistischen Parteien Lateinamerikas halten sich auf der gleichen Linie; sie lehnen die Guerillastrategie als abenteuerlich und — wie Bolivien gezeigt habe — erfolglos ab und verlassen sich darauf, dass die Organisation der Arbeiterklasse auf dem Boden der Gesetzlichkeit, die Beteiligung an

Wahlen und der parlamentarische Kampf schliesslich die soziale Umwälzung ohne Blutvergiessen zustandebringen werde.

Die Theorie der «Organisation der Lateinamerikanischen Solidarität» hat neben Guevara vor allem Régis Debray entwickelt in seinem kleinen Buch «Revolution in der Revolution», das, ursprünglich französisch geschrieben, in den lateinamerikanischen Ländern weit verbreitet und als Sonderheft der Newyorker «Monthly Review» (Juli/August 1967) auch in englischer Sprache zugänglich ist. Es ist ein beredtes und in seiner Art folgerichtig durchgeführtes Plädoyer für die Guerillastrategie, das mit den Worten schliesst: «In einer bestimmten geschichtlichen Lage mag es tausend Arten geben, von der Revolution zu reden, aber es darf nur eine einzige notwendige Übereinstimmung unter all denen geben, die sich entschlossen haben, sie zu machen.» Gemeint ist der bewaffnete Aufstand nach den Richtlinien, die die kubanische Revolution vorgezeichnet hat.

Der Weg Israels Im Abschnitt über Vietnam habe ich ein Wort Walter Lippmanns, des wohl bekanntesten amerikanischen Kommentators der Weltereignisse, angeführt, der überzeugt ist, dass Vietnam nicht unter den Willen der Vereinigten Staaten gezwungen werden könne. Wenn ich an *Israel* denke, so drängt sich mir die gleiche innere Sicherheit auf, dass alle Kriegsmacht seiner vereinten Gegner sein Da-Sein nicht mehr wird rückgängig machen können. Die Wiederaufrüstung Ägyptens und Syriens für den «nächsten Krieg» ist mit massiver sowjetischer Hilfe freilich in vollem Gang und schon recht weit gediehen. Abdel Nasser spricht es auch offen aus, dass es für ihn und seine Verbündeten vorerst nur darum gehe, Zeit zu gewinnen, um dann mit neuer Kraft an das grosse Werk zu gehen, das im Juni 1967 zum dritten Mal vereitelt worden ist. «Wir brauchen Zeit», so sagte er in seiner letzten Rede vor dem ägyptischen Parlament, «um unsere militärischen Vorbereitungen zu vervollständigen . . . Wenn aber die Zeit für eine militärische Aktion kommt, so werden wir nicht in der Verteidigung verharren; wir werden angreifen, um das Land zu reinigen, das uns der Feind entrissen hat.»

Es ist nur zu begreiflich, dass Israel seine Militärrüstung zu verbessern strebt, um dem drohenden neuen Versuch, sein staatliches Eigenleben auszulöschen, erfolgreich widerstehen zu können. Aber damit kann und darf es nicht sein Bewenden haben. Israel wird nicht durch «Rosse und Wagen» gerettet werden, sondern zuletzt nur «durch Stillesein und Umkehr», wie sein grosser Prophet sagte, und wie es dem ganzen Sinn des Auftrags entspricht, der an Israel ergangen ist und von dessen Erfüllung es allein lebt. «Stillesein» (oder «Ruhehalten») heisst hier natürlich nicht Untätigkeit, heisst nicht die Dinge laufen lassen, wie sie wollen. Jesaja meinte zunächst aussenpolitische Neutralität, Lösung von Bündnissen mit auswärtigen Mächten und vom Vertrauen auf kriegerische Selbsthilfe. Aber der tiefere Sinn der damaligen Botschaft an Israel war ja, dass es soziale Gerechtigkeit, Fürsorge für die Schwachen und Notleidenden, Gehorsam gegen Gottes Willen überhaupt üben und beweisen müsse, wenn es sein Dasein als Volk und Staat sichern und im

Frieden leben wolle. Und dieser Ruf ergeht heute auch an das neue Israel, das erstanden ist. Hinter dem berühmten Sieg im Sechstagekrieg steht das *sittliche* Recht der Sache Israels, seine grossen Verwirklichungen auf dem Gebiete des Gemeinschaftslebens, seine inneren, politischen und sozialen Leistungen, die es zu einer Kraft ersten Ranges im Kampf gegen Not, Hunger und Krankheit im Nahen Osten gemacht haben. Diese Arbeit muss in grösserem Stil und mit Ausdehnung auf alle Nachbarländer fortgesetzt werden, wenn Israel sein Lebensrecht dauernd behaupten und sichern will. Die arabischen Staaten lehnen jetzt direkte Verhandlungen mit Israel über seine Anerkennung als selbständiges Staatswesen ab und verlassen sich ihrerseits auf die Mittel, die für eine abermalige militärische Kraftprobe nötig sind. Könnten sie aber diese Haltung auf die Länge fortsetzen, wenn ihnen Israel ganz bestimmte Vorschläge für einen *gemeinsamen Kampf* zur Überwindung der Elendslage der unteren Bevölkerungsschichten in den orientalischen Ländern unterbreiten würde? Die Lösung der alten und der neuen Flüchtlingsfrage wäre ein Teil eines solchen Programms; seine Absichten müssten viel weiter gehen und auf die Modernisierung und Industrialisierung aller unterentwickelten Gebiete des Nahen Ostens gerichtet sein, wobei grosszügige Hilfe der reichen Völker mit Geld und menschlichen Kräften selbstverständlich mitbeteiligt werden müsste. Der Frieden im Nahen Osten, an dem nach ihren Erklärungen den Grossmächten so viel gelegen ist, würde dadurch unendlich fester begründet werden als durch alle diplomatischen Kunstlösungen und gar durch neue Waffenlieferungen an Israel wie an die arabischen Staaten. Und in Israel im besonderen könnte dann wirklich jeder ruhig unter seinem Weinstock und Feigenbaum sitzen, wie es ihm schon vor zweieinhalb Jahrtausenden verheissen wurde, wenn es das Unrecht aus seinen Grenzen entferne und Recht und Gerechtigkeit im Land strömen lasse wie aus Wasserbächen.

Idealistische Träumerei? Nein, Realpolitik im besten Sinn! Man versuche es doch endlich, und man wird es erleben, dass auch hier «die Wirkung der Gerechtigkeit wird Friede sein und das Ergebnis des Rechts Ruhe und Vertrauen für immer». Oder wird es abermals heissen müssen: «Ihr habt nicht gewollt, sondern gesagt: Nein, sondern auf Rossen wollen wir dahinfliegen» mit den unausweichlichen Unheilsfolgen, die auch dann wieder kommen werden?

Wird England gesunden? Im Dezember-Heft konnten wir nur noch ganz schnell auf die *Abwertung des englischen Geldes* hinweisen, mit der Feststellung, dass dieser gewagte Eingriff in den kranken Wirtschaftskörper Grossbritanniens eben nur nötig wurde, weil die Labourregierung unter Wilson ihre Aufgabe in der Steigerung des Wirtschaftsertrages auf dem Boden der *kapitalistischen* Ordnung sah, statt eine Neuordnung der Wirtschaft mit dem Ziel einer *sozialistischen* Produktions- und Verteilungsweise ins Auge zu fassen. Die seitherige Entwicklung kann uns in dieser Erkenntnis nur bestärken. England steht tatsächlich an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Genauer- die Wende zeichnet sich

schon lange ab, nur scheut man sich in den führenden Kreisen — und dazu gehört jetzt namentlich auch die Spitze der politischen und gewerkschaftlichen Labourbewegung — immer noch, entschlossen die Folgerungen daraus zu ziehen. Man lebt noch immer in der Überlieferung eines Grossbritanniens, wie es vor etwa hundert Jahren bestand, als England die erste Industrie-, Handels- und Geldmacht der Welt war und aus Asien, Afrika und Lateinamerika, ja auch aus Nordamerika, ungeheure Gewinne zog, von denen auch die Arbeiterschaft kräftig profitierte. Das ist inzwischen ganz anders geworden — schon mit dem ersten Weltkrieg, der die Vereinigten Staaten an die Spitze brachte, und noch auffallender mit dem zweiten Weltkrieg, der den Zerfall des britischen Weltreiches vollends nach sich zog. Aber das Denken und die Gewohnheiten, nicht nur der politisch Verantwortlichen, passte sich viel zu zögernd dieser grundstürzenden Wandlung an, namentlich auch die geistige Haltung der industriellen und gewerkschaftlichen Führungsschicht. Immer noch fehlt es in England am unbeugsamen Willen, Wirtschafts- und Arbeitsmethoden von Grund auf umzustellen, wie das in anderen europäischen Ländern weithin der Fall war und ist; ja, man drosselt durch die neuesten Heilmittel geradezu die grosszügige Anlage von Kapital in der Wirtschaft ab, so durch Verteuerung des Kredits, also durch Erhöhung der Produktionskosten, die doch kräftig gesenkt werden sollten, wenn auch nicht durch Lohnkürzungen und künstliche Arbeitslosigkeit. Insofern hat ein Mitarbeiter der «Süddeutschen Zeitung» (München) schon recht, wenn er schreibt: «Der Antrieb zu grossartigen Investitionen und Unternehmungen ist in England ohnehin schon durch eine nahezu prohibitive Besteuerung auf ein gefährliches Minimum reduziert. Und wenn wirklich eine neue Initiative versucht wird, dann scheitert sie an einer vorsintflutlichen Gewerkschaft, die in England allmählich den Eindruck einer nahezu mutwilligen Sabotage jedes industriellen Fortschritts erwecken muss.»

Aber auch das ist höchstens die halbe Wahrheit. So wie die Dinge liegen, ist die so oft beklagte ungenügende Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsführer wie der Arbeiterschaft nicht zu beheben, solange das Ziel des Wirtschaftens die persönliche Bereicherung der Besitzer und Lenker der Wirtschaftsmittel ist, statt die planmässige Versorgung des ganzen Volkes mit den notwendigen und wünschenswerten materiellen Gütern auf Grund von Gemeinbesitz an den entscheidenden Wirtschaftsmitteln. Und gerade hier versagte die Labourregierung. Sie wollte und will vor allem die *kapitalistische* Wirtschaft ertragreicher machen und betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, das Pfund Sterling gegen die neuen heimtückischen Angriffe auf seine Festigkeit zu verteidigen, um den Geldverleihern möglichste Sicherheit für ihre früheren und neugeplanten Kapitalanlagen zu bieten. Da blieb ihr freilich nichts anderes mehr übrig, um eine Massenarbeitslosigkeit im Ausmass der dreissiger Jahre zu vermeiden, als das Pfund abzuwerten und so bei Einschränkung des einheimischen Güterverbrauches die Ausfuhr zu steigern und womöglich das Zahlungsdefizit zum Verschwinden zu bringen.

Das Experiment kann gelingen — aber eine *dauernde* Gesundung der britischen Wirtschaft wird es nicht herbeiführen. Und inzwischen mehren

sich die Anzeichen, dass es überhaupt nicht gelingen wird. Die industriellen Unternehmer beginnen schon die Preise ihrer Ausfuhrgüter im Mass der Pfundabwertung, oder darüber hinaus, zu erhöhen und dadurch den ganzen Zweck der Abwertung — erfolgreicheren Wettbewerb auf dem Weltmarkt — zunichte zu machen. Noch mehr: Auch die Blockierung der Preise und Löhne, als Mittel zur Einschränkung der einheimischen Nachfrage nach Einfuhrgütern, wird bereits in Frage gestellt. Zwar sollen natürlich, wie die industrielle Welt meint, die Löhne einfrieren, aber die Preise müssten immerhin nach oben in Bewegung kommen, das heisst, die Abwertung soll wieder in erster Linie auf Kosten der lohnarbeitenden Bevölkerung durchgedrückt werden. «Eine rasche Preiserhöhung», so heisst es in führenden Wirtschaftskreisen, «ist nötig, wenn die Industrie aus der Abwertung überhaupt Gewinn ziehen soll.»

Die kapitalistische Lösung der Krise droht so aufs neue zu scheitern. Warum fasst darum die Labourregierung nicht eine *sozialistische* Lösung ins Auge? «Sie sollte», rät ihr der «New Statesman», «nicht mehr die Rute der Bankiers küssen und nicht fürchten, dass die geringste öffentliche Äusserung ihrer (sozialistischen) Überzeugung eine panische Flucht aus dem Sterling bewirke. Die wichtigste Aufgabe in den nächsten paar Monaten wird sein, Preiserhöhung in vernünftigen Grenzen zu halten und es zu verhindern, dass Lohnerhöhungen den Vorteil im Wettbewerb wieder aufheben, den die Abwertung für unsere Ausfuhr sichert. Das wird aber nur erreicht werden, wenn die Regierung die Gewerkschaftsmitglieder überzeugt, dass sie die Grenzen zum Sozialismus hin in anderen Richtungen zu erweitern bestrebt ist. Frau Castle (die Verkehrsministerin) hat mit ihrer neuen Verkehrspolitik bereits den Weg dazu gewiesen, und dieses Vorbild sollte Nachahmung finden in der Brennstoff- und Krafterzeugung, in der neusozialisierten Stahlindustrie, im Luftverkehr und in anderen Wirtschaftszweigen. Die Regierung muss mit Plänen wie die Vorlage über Industrieausweitung vorstossen, um zu erreichen, dass der Staat in Unternehmungen und Industrien mit hohem technischem Entwicklungsstand eine massgebende Rolle spielt.»

Das ist sicher kein sehr revolutionäres Programm. Aber seine Anhandnahme würde dennoch einen Bruch mit den hoffnungslosen Versuchen bedeuten, die britische Wirtschaft mit kapitalistischen Pfuschmitteln wieder zu Kraft und gesundem Wachstum zu bringen. Die Labourregierung hat dank ihrer sicheren parlamentarischen Mehrheit einige Jahre vor sich, in denen sie ungestört die Wendung zu einer auf Gemeinbesitz gegründeten Planwirtschaft durchführen könnte. Aber sie muss die ihr gebotene Frist auch mutigen Herzens ausnützen, will sie nicht Gefahr laufen, dass sie auf dem Notweg, den sie 1964 beschritten und mit der Geldabwertung fortgesetzt hat, zuletzt doch vor einen unüberbrückbaren Abgrund zu stehen kommt und die ganze Labourbewegung vor dem britischen Volk in vielleicht nie wieder gutzumachenden Verruf bringt.

8. Januar *Hugo Kramer*